

Mitteilungsvorlage

Drucksachen-Nr. 0299/2011
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann	28.06.2011	zur Kenntnis

Tagesordnungspunkt

Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann am 05.05.2011 - öffentlicher Teil

Inhalt der Mitteilung

Zu TOP 8 - Verabschiedung des Sportentwicklungsplanes "Sport und Bewegung in Bergisch Gladbach"
(0072/2011)

Der Rat fasste in seiner Sitzung am 31.05.2011, der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann folgend, zur Genderrelevanz mehrheitlich folgenden **ergänzenden Beschluss**:

Die von der Gleichstellungsstelle vorgeschlagene Formulierung „Die Befragung zum Sportverhalten zeigt auf, dass Sportvereine die Interessen von Frauen nur wenig erreichen. Es besteht im Erwachsenenalter insbesondere bei Frauen eine hohe Nachfrage nach breiten- und freizeitsportlichen Angeboten, die zeitlich flexibel und ohne feste Bindung an Organisationen sind.“ wird in den Sportentwicklungsplan übernommen.

Zu TOP 10 - Verlängerung der Amtszeit des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen und Erstellung eines Aktionsplans Inklusion
(0153/2011)

Der Rat ist in seiner Sitzung am 31.05.2011 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann und der gleich lautenden des Hauptausschusses in dessen Sitzung am 19.05.2011 gefolgt.

Zu TOP 13 - Freigabe von Mitteln für den Dateneinkauf im Rahmen des Projekts "Städtenetzwerk lokale Demokratie - Bürgerorientierung in der Integrierten Stadtentwicklung" des vhw - Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.
(0157/2011)

Der Beschluss zur Mittelfreigabe wird seitens der Verwaltung umgesetzt.

Zu TOP 14 - Baulandmanagement Bergisch Gladbach. Wohnbaulandpotenzialanalyse 2010 - Bericht und Empfehlungen
(0454/2010) *in Verbindung mit*

TOP 14.1 - Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 14.02.2011 zur Prüfung und Änderung der Wohnbaulandpotenzialanalyse
(0069/2011) *und*

TOP 14.2 - Entscheidung über Bürgeranträge zur Schaffung von Baurecht gemäß § 24 der Gemeindeordnung NRW, ergänzt um Anträge der Fraktionen und informelle Bürgeranfragen im Rahmen der Wohnbaulandpotenzialanalyse
(0191/2011)

Die Verwaltung wird die Beschlüsse zur Wohnbaulandpotenzialanalyse sowie die Bürgeranträge gemäß § 24 Gemeindeordnung NRW und die informellen Bürgeranfragen umsetzen. Den Ausschussmitgliedern und den Fraktionen wurden bereits separat eine Übersichtskarte sowie eine Übersicht der Flächen, die mit Beschluss vom 05.05.2011 in den Flächenpool 2015 aufgenommen werden, zugesandt.

Der Bericht zur Wohnbaulandpotenzialanalyse wird entsprechend der Beschlussfassung redaktionell überarbeitet und im Internet auf der Seite der Stadtentwicklung mit der Möglichkeit zum Download veröffentlicht. Im Hinblick auf eine bürgerfreundlichere Sprache erhält das Konzept den Titel „Baulandmanagement Bergisch Gladbach - Wohnbaulandkonzept 2025“.

Zu TOP 15 - Erneute Offenlage für das Einzelhandelskonzept der Stadt Rösrath: Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (2) in Verbindung mit § 4a (3) Baugesetzbuch
(0188/2011)

Die durch den Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann beschlossene Stellungnahme wurde der Stadt Rösrath zugesandt.

Zu TOP 16 - 29. Änderung des Flächennutzungsplans "Rösrather Möbelzentrum" und Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 103 "Rösrather Möbelzentrum" durch die Stadt Rösrath: Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (1) Baugesetzbuch (0181/2011)

Auch diese durch den Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann beschlossene Stellungnahme wurde der Stadt Rösrath zugesandt.

Zu allen weiteren Tagesordnungspunkten erübrigt sich eine Stellungnahme.

